Nummer 143 — Halle, Sonntag, den 21. Juni 1925 — 60. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus, Neue Promenade 13 u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bankrechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Reichspräsident empfing gestern den neuernannten türkischen Botschafter Kemal ebdin Sami Pascha zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens, sowie den bisherigen österreichischen Gesandten Riedl zur Entgegennahme seines Abberufungsschreibens.

*

Gestern fanden zwischen Dr. Luther, Graf Kanitz und den Führern der Regierungsparteien Besprechungen statt, die sich mit der Zollvorlage und der Sicherheitsnote befaßten. Es wurde vor allem die Stellung der Regierungsparteien zu der Zollvorlage erörtert. Die Zollvorlage wird voraussichtlich am kommenden Montag oder Dienstag im Plenum des Reichstages verhandelt werden.

*

Zu Beginn der gestrigen Reichstagssitzung teilte Präsident Loebe unter lebhaftem Beifall mit, daß er im Namen des Reichstages und des deutschen Volkes dem kühnen Nordpolfahrer Amundsen herzliche Glückwünsche zu seiner gesunden Rückkehr telegraphisch ausgesprochen habe.

*

Im Hotel „Habsburger Hof" in Berlin fanden sich gestern abend die Vertreter der deutschen und der österreichischen Presse zusammen, die an dem Siebenstaatenfluge teilnehmen werden. Der Flug geht zunächst nach Danzig, wo ein Empfang im Danziger Rathaus stattfindet. Nachmittags erfolgt die Weiterfahrt nach Kopenhagen. Der Flug berührt die Gebiete von sieben Staaten, und zwar außer Deutschland Danzig, Dänemark, Schweden, die Schweiz, Oesterreich und Ungarn.

*

Im Anschluß an den Bericht des Vorsitzenden der polnischen Delegation zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland beschloß der polnische Ministerrat eine Reihe von Verordnungen, die die Einfuhr einer Anzahl deutscher Waren nach Polen verbietet.

*

Gestern vormittag ist der deutsche Kreuzer „Amazone" in Rotterdam (Holland) eingetroffen. Die Besatzung wurde von dem Garnisonkommandanten, dem Hafenmeister im Namen der städtischen Behörden und vom deutschen Generalkonsul begrüßt. Nachmittag und Abends fanden in der Stadt Empfänge statt.

*

Die Kommandantin der englischen weiblichen Polizei, Miß Allen, ist, begleitet von einer Adjutantin, im Flugzeug in Karlsruhe zum Besuch der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung eingetroffen.

*

In Amerika sollen bis jetzt schon etwa 40 Proz. deutscher Paßvisa mehr erteilt worden sein als im Vorjahr. Die Reichszentrale für deutsche Verkehrswerbung hat große Anstrengungen gemacht, um den Verkehr nach Deutschland in diesem Jahre zu heben. 10 000 Australier sind auf dem Wege nach Deutschland. Große amerikanische Reisebureaus, die vor einigen Jahren Deutschland aus ihrem Programm gestrichen hatten, haben es wieder aufgenommen und empfehlen den Besuch Deutschlands.

*

Der bekannte amerikanische Senator La Folette, der bei der letzten Präsidentschaftswahl zeitweise gute Aussichten auf das höchste Staatsamt zu haben schien, ist am 18. Juni gestorben. Wir Deutschen haben damit einen sehr energisch für uns eintretenden Freund verloren.

*

Das amerikanische Staatsdepartement teilt mit, daß am 25. Juni die Besprechungen über die Regelung der italienischen Schuld beginnen werden. — Die italienische Währung war in letzter Zeit sehr gesunken, so daß eine Einigung mit Amerika sehr dringend ist.

*

Der schweizerische Nationalrat hat mit 97 gegen 36 sozialistische und kommunistische Stimmen der Vorlage über die Einführung eines neuen Maschinengewehrs zugestimmt.

*

Nach einer Meldung des „Pariser Journal" ist Fez, die Hauptstadt Französisch-Marokkos, von einer französischen Truppenabteilung besetzt worden, um einen Handstreich der Rifkabylen unmöglich zu machen.

Die „Humanité" in Paris ist erneut beschlagnahmt worden. Sie hatte die Meldung von elf Todesurteilen des Marseiller Kriegsgerichts gegen meuternde französische Truppen in Marokko gebracht.

*

„Reuter" meldet aus Hongkong: Die britischen Freiwilligen sind benachrichtigt worden, daß angesichts der bedrohlichen Lage eine baldige Mobilisierung zu erwarten sei. Eine Bande von Chinesen hat sich des englischen Handelsdampfers bemächtigt, der zwischen Hongkong und Makao verkehrte. Der Streik hat sich auf die Mannschaften der britischen Küstendampfer ausgedehnt.

Englische Warnungen vor dem Sicherheitspakt.

London, 20. Juni. Die liberalen Blätter „Daily Chronicle" und „Westminster Gazette" äußern sich heute zu dem Plan eines Sicherheitspaktes. Der Lloyd George nahestehende „Daily Chronicle" hebt zunächst hervor, daß einer britischen Garantie, die von einer konservativen Regierung im Namen der Nation gegeben werde, wenig Bedeutung beigemessen werden könnte; denn

weder die Liberalen noch die Arbeiterpartei würden sich dadurch als gebunden betrachten.

Die öffentliche Meinung ist, England sei gegenwärtig einer Ausdehnung der Verpflichtungen auf dem Festland abgeneigt.

Das Blatt steht dem Plan eines Sicherheitspaktes mit tiefem Mißtrauen gegenüber und erklärt, die Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit Frankreich seit 1919 und vor allem seit der gesetzwidrigen Sonderaktion im Ruhrgebiet habe das Vertrauen des Durchschnittsengländers erschüttert, der nicht ganz zu glauben versteht, daß irgendein Vertrag, den England abschließt, von Frankreich in dem gleichen Geiste aufgefaßt wird.

Einige greifbare Verpflichtungen sollen offenbar als Gegenleistung für unsere Bürgschaft eingegangen werden. Davon ist aber in dem Weißbuche keine Rede. Es ist undenkbar, daß Großbritannien, das Frankreichs Sicherheit verbürgt, darauf eingehen wird, daß Frankreich weitere U-Boote gegen England baut und Flugzeuge an der Kanalküste stationiert, die doch nur gegen England verwendet werden sollen. Das Blatt bemerkt, Chamberlains Depesche vom 28. Mai zeige klar, daß die britische Regierung bei ihrer Bürgschaft nur das Rheingebiet im Auge gehabt habe. Aber in der Note scheine sich als beinahe unmöglich herauszustellen, einen ewigen Frieden zwischen zwei Ländern zu verbürgen, die, wie Frankreich und Deutschland, in kurzen Zwischenräumen während vieler Jahrhunderte Krieg geführt hätten.

„Westminster Gazette" findet den Vorbehalt bedenklich, der sich auch in den Aeußerungen gewisser französischer Staatsmänner zeige, wonach Frankreich automatisch das Recht erhalte, zur Unterstützung Polens durch deutsches Gebiet zu marschieren, wenn Polen von Osten bedroht werde.

„Westminster Gazette" verlangt, daß sofort bei Abschluß des Vertrages eine Verminderung der Rüstungen eintreie, denn der Zeitraum, während dessen Deutschland wirksam entwaffnet werden könnte, habe doch wohl offenbar Grenzen.

*

Diese Zeitungsstimmen sind außerordentlich lehrreich: Sollen wir päpstlicher sein als der Papst, können wir Vertrauen in die eindeutige Ehrlichkeit der französischen Sicherheitsverpflichtungen haben, wenn die eigenen Verbündeten und Kriegsfreunde der Franzosen, die Engländer, nicht glauben, „daß irgendein Vertrag, den England abschließt, von Frankreich in dem gleichen Geiste aufgefaßt wird?" Wenn also schon das mächtige England erwartet, daß Frankreich willkürlich mit allen Verträgen mit England umgeht, können wir Waffenlosen doch wirklich nicht erwarten, daß Frankreich uns gegenüber ehrlicher seine Verpflichtungen einhält.

Wir sind es, die greifbare Garantien und Sicherheit brauchen, nicht Frankreich!

„Die Abkehr Rußlands von Deutschland sicher".

Die konservative Londoner Morningpost tritt dafür ein, daß ein ständiges englisches Geschwader in der Ostsee stationiert werde. Das Blatt fordert die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit den Randstaaten über die Errichtung einer englischen Flottenbasis in der Ostsee. Wenn Deutschland der Genfer Protokolle mit den Alliierten verbinde, sei diese Abkehr Rußlands von Deutschland sicher. Das schaffe eine völlig neue Konstellation in Osteuropa und in dem Ostseegebiet.

— Da kommt der Pferdefuß des Sicherheitspaktes zum Vorschein: Deutschland soll mit Osteuropa verfeindet werden, um dann ev. den Engländern Kanonenfutter gegen die Bolschewisten zu liefern. Vorsicht mit dem „perfiden Albion"!

Jahrtausendfeiern im Reiche.

Die Stadt Köln beging gestern die Tausendjahrfeier der Rheinlande durch einen offiziellen Festakt in der großen Halle im Rheinpark. Unter den Ehrengästen bemerkte man u. a. den preußischen Ministerpräsidenten Braun, die Reichsminister Brauns und Dr. Frenken, die preußischen Minister Dr. Schreiber, Dr. Becker, Steiger, Hirtsiefer und Dr. Höpker-Aschoff.

In seiner Begrüßungsrede, die Oberbürgermeister Dr. Adenauer beim Festbankett in Gürzenich hielt, regte er u. a. an, auch in Deutschland

das Grab des unbekannten Soldaten

zu schaffen, das dem Rhein und dem Kölner gehöre. Nach Dr. Adenauer ergriff im Namen der deutschen Reichsregierung der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Frenken das Wort. Seine ede klang in den Worten aus: „Nicht rasten und nicht ruhen bis das Rheinland frei ist. Reich und Rheinland, Reich und Köln, nie wird der Bund vergehen!" Zum Schluß entbot Kultusminister Dr. Becker die Grüße der preußischen Staatsregierung.

In München.

Anläßlich der Münchener Jahrtausendfeier der Rheinlande fand gestern Abend auf dem Königsplatz in München eine große nationale Kundgebung statt, bei der Ministerpräsident Dr. Held u. a. erklärte:

„Eine Nation, in der der Feind steht, kann kein Partner für den Völkerbund sein, der zum Diener machtpolitischer Instinkte der einzelnen Teilnehmer gemacht werden soll.

Berliner Brief.

Die parlamentarische Lage.

Berlin, 19. Juni.

Die heutige Kabinettsberatung und die Besprechungen mit den Parlamentariern haben die offizielle Behandlung der Briandschen Sicherheitsnote eingeleitet.

Noch ist alles ungeklärt; selbst über die in der Sicherheitsnote als besonders hervorgehobene Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund wird das Reichskabinett endgültig Beschlüsse erst noch zu fassen haben. Die Reichsregierung beabsichtigt, im zweiten Teil der nächsten Woche parlamentarische Erklärungen über den deutschen Standpunkt in der Völkerbundfrage abzugeben.

Schon heute weiß man, daß die Regierung Luther—Stresemann schweren Kämpfen im Reichstag entgegensieht. Nicht nur hinsichtlich der Sicherheitsnote, die die Linke zum geschlossenen Vorstoß für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund benutzen will, sondern auch hinsichtlich der Zollvorlage, der Aufwertung und der vielen innerpolitischen Anträgen und Gesetzentwürfen, die den Reichstag beschäftigen.

Der Reichsverband des Zentrums tritt am 23. Juni in Berlin zusammen, um die schwebenden wirtschaftspolitischen Fragen zu erörtern, die für die Mehrheitsbildung im Reichstag in den nächsten Monaten entscheidend sein werden. Aber man glaubt nicht, daß das Zentrum seine bisher abwartende Haltung zwischen Rechts und Links in der nächsten Zeit grundlegend ändern wird.

Damit wird aber auch der Kampf um die Getreidezölle und die Steuerfragen im Reichstag in infinitum verlängert.

Gestern früh konnte man wieder von linken Mitgliedern der Zentrumspartei hören, daß eine sehr starke Minorität in der Partei die Mindestzölle unverändert stark bekämpfen und ablehnen will.

Aus parlamentarischen Kreisen verlautet heute, daß der Reichsfinanzminister erneut auf die Unmöglichkeiten weiterer Steuerermäßigungen hingewiesen hat. Die Frage, ob es zu grundlegenden Aenderungen der Steuervorlagen kommen wird, ist damit wieder zweifelhaft geworden. Das Zugeständnis des Reichsfinanzministers dürfte bis jetzt nur lediglich hinsichtlich einer Ermäßigung der Steuersätze bei Ausgabe von Schuld- und Rentenverschreibungen des Reiches und der Länder und auch der Gemeinden wahrscheinlich sein.

Der Vorstoß der Sozialdemokraten gegen das Bayerische Konkordat hat in seiner weiteren Austragung zu einem überraschenden Angriff der Sozialdemokraten auf das bisher immer doch noch im gewissen Sinne verbündete Zentrum geführt. Der „Vorwärts" setzt diesen Vorstoß fort, wohl in der Absicht, damit dem Zentrum seine Macht fühlen zu lassen und es von einer innerpolitischen Rechtsorientierung abzuhalten. Ob diese Taktik bei dem Zentrum verfängt, weiß man schließlich nicht im voraus. Aber sie verstärkt das Zögern weiter Teile im Zentrum, alle Brücken nach links, zu den Mitgründern der Weimarer Verfassung und der Weimarer Koalition abzubrechen.

Zwischen Sozialdemokraten und Demokraten haben Besprechungen begonnen, um eine gemeinsame parlamentarische Aktion für den sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund herbeizuführen. Die Zustiehung des Zentrums zu den weiteren Besprechungen ist in Aussicht genommen.

„Bereit sein ist alles."

Die japanische Jugendbewegung.

Ein Japanbrief von Dr. **Kurt Hesse.**

Tokio, Ende April.

„Be prepared!" (Bereit sein!) heißt das Motto der japanischen Boy-Skouts, der jungen Pfadfinder und — so, darf man sagen — des japanischen Volkes. Das gilt in doppelter Hinsicht, hat einen aktiven wie passiven Sinn: Trieb zur Aufwärtsentwicklung steht neben der Selbstbeherrschung.

Der japanischen Boy-Skout-Bewegung wie überhaupt der Frage der Jugendbehandlung in Japan sollte von deutscher Seite Aufmerksamkeit geschenkt werden. Japan befindet sich ja in einer ähnlichen Lage wie wir 1914: trotz aller freundschaftlichen Beteuerungen hüben und drüben ist der Krieg am Pazifik meines Ermessens gewiß. Er wird nicht heute oder morgen kommen, dazu ist das Erdbeben für Japan ein zu harter Schlag gewesen, und die Amerikaner schlucken noch am Weltkriege genug, aber der Haß der Rassen ist da und nicht so leicht aus der Welt zu schaffen, treibt wildeste Blüten jeden Tag in U. S. A., hält sich mehr im Verborgenen auf der anderen Seite des großen Wassers.

Man rüstet unter der Aera der Abrüstung auf beiden Seiten kräftig weiter. Um Japan ist es einsamer geworden, England hat das Bündnis nicht mehr erneuert; man sucht daher im Inselreiche nach Freunden, tauscht im Augenblick mit dem fernen Frankreich — dem Gegenspieler gegen England! — Beteuerungen gegenseitiger Sympathien aus.

Im Inneren hat Japan die moderne Arbeiterfrage, die sich schnell zur Bedeutung auswächst. Man beugt vor, indem man das Wahlrecht zugesteht. Wo das bolschewistische Rußland so nahe ist, muß bei der Aktivität der „Aufklärer" sich das Zugeständnis bald in Schwäche verwandeln, die Forderung nach dem „Mehr!" sich erheben.

Es ist deutlich, daß dem allen gegenüber die Boy-Stout-Bewegung eine besondere Bedeutung hat. Wenn man sich auf gedrucktes Material der Japanischen Pfadfinder stützen darf, sind mehr als drei Millionen Mitglieder zu verzeichnen. Präsident ist seit kurzem Viscount Goto, der frühere Oberbürgermeister von Tokio, ein politischer Kopf von Ruf, Finanzgröße ersten Ranges, ein Mann, der in Japan noch etwas zu bedeuten haben wird. Die Bewegung ist zweifellos, trotz der hohen Mitgliederzahl, noch in der Anfangsentwicklung; erst jetzt arbeitet sich das praktische Programm heraus: Man will einen gesund denkenden Menschen erziehen, der also die nationalen Notwendigkeiten anerkennt, gleichseitig aber ein starkes Gefühl für die sozialen Erfordernisse seiner Zeit hat und der selber eine willensvolle, sittlich einwandfreie Persönlichkeit ist und einen gesunden Körper hat.

Man muß doch erstaunt sein, wenn man heute durch Japan reist, zu sehen, wie viel hier für die Jugend getan wird. Das schönste Gebiet in jedem Dorfe ist eigentlich die Schule, die fast immer einen großen Hof, oft schöne Turnhallen und stets gutes Sportgerät hat. Mannigfaltigste körperliche Ausbildung steht man hier, angefangen vom deutschen System der Freiübungen und dem schwedischen des Leiterturmes bis zum militärischen Drill durch aktive Offiziere und Unteroffiziere.

Wohin alles zielt, ist: den jungen Menschen gewandt und hart zu machen. Deshalb das Jiu-Jitsu und das sogenannte „Fanceing"; das Fechten mit den Bambusknüppeln im Bambuspanzer. Kleine Zehnjährige schlagen und stoßen hier aufeinander los, daß trotz aller Bandagen tagelang noch die blauen Flecken an den Armen und geschwollene Köpfe zu sehen sind. Man wird aber niemals bei den Betroffenen den Ausdruck von Schmerz wahrnehmen. Mit größter Begeisterung ist vielmehr alles beim Sport, vornehmlich beim Jiu-Jitsu. In welcher wunderwall rücksichtslosen Weise hier mit den Körpern umgegangen wird, lohnt die Nachahmung. So muß ja ein Volk Selbstverteidigung in die eigene Kraft bekommen: Hier haben wir das Gegenteil einer rein geistigen, letzten Endes Weichheit des Menschen erzielenden Ausbildung.

Der militärische Drill, der heute gesetzmäßig auf Schulen und Universitäten in Japan eingeführt ist, ersetzt in gewisser Weise die für viele (besonders infolge der jetzigen Armeeverminderung um vier Divisionen) ausfallende Dienstzeit bei der Fahne. Man lehrt formales Exerzieren, Schießen und Felddienst. Recht gute Resultate dieser militärischen Jugendvorbereitung sah ich in Tokio. Aber populär ist sie nicht. Besonders in der Studentenschaft, die recht radikal ist, regen sich Kräfte dagegen. Ob sie stärker sind als die des „Be prepared"? Denn das ist selbstverständlich bei aller Tendenz eine der Absichten der japanischen Boy-Skaut-Bewegung, der nationalen Idee, letztens einmal der Verteidigung des Vaterlandes unter Einsatz des eigenen Lebens, dienlich zu sein. Die militärische Uebung und Parade, die erstmalig

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250621012/fragment/page=0001

vor kurzem die Pfadfinder in Tokio veranstalteten, und an der gegen 7000 Mitglieder teilnahmen, deutete klar in diese Richtung.

Auch in Japan steht heute weitesten Kreisen der Gedanke an das abendliche Veranügen näher als der einer nationalen Pflicht; auch in Japan wird über das Verschwinden des „Bushdo", des ritterlichen Geistes, geklagt, ist die Moral der Massen durch Kriegsgewinnbetreiben nicht gehoben worden, schreit alles nach dem „besseren Leben". Auch in Japan wird gerodet und Parlamentarismus „gemacht", allerdings noch nicht ganz so wie bei uns. Wo es heute so ernst um das Inselreich bestellt ist, bedarf es tatsächlich großer innerer Kraft, um durchzuhalten, nicht vorzeitig zu kapitulieren.

Die Besinnung auf das alte Japan der Meiji-Aera tritt darum lauter denn jemals als Forderung in die Erscheinung, steht auch im Programm der Boy-Stouts. Man hat sich zu schnell mit all dem Neuen vollzogen und meint jetzt, es seien damit Grundlagen der nationalen Kraft: die Einfachheit und Bedürfnislosigkeit und der schlichte, den Menschen tragende und haltende Glaube an die Gottheit und das kritiklose Vertrauen auf die Obrigkeit verloren gegangen. Man wähnt wohl auch, das man jetzt genug gelernt hätte. Und so ist denn eine gewisse Ablehr von dem alten Gedanken, Europa nach Asien zu verpflanzen, zu bemerken, und es klingt auch hindurch, wie ja überall auf unserer Erde in der entsprechenden Umformung: Japan den Japanern!

Die „Association of Robust Boys", (Bund starker Jünglinge), die vor zweihundert Jahren bestand, wird als die Mutter der Boy-Stout-Bewegung bezeichnet. Ich wünschte, daß auch wir in Deutschland uns zu solchen Gedanken bekehren würden, dessen Inhalt und Forderung in zwei Worte zusammenzufassen ist: „Starke Menschen!"

Regierungskrise in Frankreich?

Am Montag oder Dienstag werden die französischen Sozialisten endgültig zu der Frage der Weiterunterstützung der Regierung Painlevé Stellung nehmen. Bisher konnten sie sich untereinander noch nicht einigen, da aus Andeutungen Painlevés zu entnehmen ist, daß er im Fall einer sozialistischen Kampfansage eine Regierungsmehrheit mit Hilfe der Rechten bilden werde.

In Holland erwartet man von der Rechtserweiterung schon jetzt einen weiteren Sturz des Franken und ein Scheitern der Sicherheitsverhandlungen.

Beamtenfragen im Haushaltsausschuß.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags brachte Abg. Morath (Dvp.) eine Reihe von Fällen zur Sprache, in denen die Beamten sich mit Recht benachteiligt fühlten. Abg. Groß (Z.) nannte den Beamtenabbau eine durchaus verfehlte Sache. Das Reichsbahn habe 89 000 Beamte, von denen die meisten im arbeitsfähigen Alter wären, abgebaut. Die Versorgung erfordere 487 Millionen Mark. Fahre man so fort, so werde die Pensionslast bald 1½ Milliarden betragen. Die arbeitsfähigen Kräfte müsse man bald wieder im Reichsdienst verwenden.

Abg. Schmidt-Stettin (Dnat.) sprach die Ansicht aus, daß das Gesetz über Beamtenverfassung scheinheilig vorgelegt werden müsse. Sobald als [illegible] eingeführt werden. Zu einer Erhöhung der Gehälter könnten sich die Deutschnationalen erst entschließen, wenn die Ergebnisse der Steuer- und Zollgesetze vorlägen. Der Etat zeige schon gegenwärtig ein Defizit von 480 Millionen.

Ministerialdirektor Lotholz verwies auf die Denkschrift der Regierung, wonach die Reichsregierung zurzeit nicht in der Lage sei, eine Besoldungserhöhung vorzuschlagen. Die Frage der vierteljährlichen Gehaltszahlung hänge von der wirtschaftlichen Gesamtlage ab. Das Beamtenvertretungsgesetz werde demnächst dem Reichstag zugehen.

Ferner wurden am Freitag sämtliche kleineren Kapitel des Etats des Reichsfinanzministeriums erledigt. Beim Kapitel „Allgemeine Bewilligungen" wurde ein von Abg. Roßmann (Soz.) begründeter Antrag mit zehn gegen acht Stimmen angenommen, wonach

die Monatsgelder für hilfsbedürftige Veteranen von 1864 bis 1871,

die gegenwärtig 12,50 M. betragen, durch den Ergänzungsetat auf 30 M. erhöht werden sollen. Ein deutschnationaler Antrag, der auch eine Erhöhung wünschte, aber den Betrag der Erhöhung der Regierung überlassen wollte, war damit erledigt. Bei den „Einnahmen" erkundigte sich Abg. Dr. Cremer (Dvp.) nach den rechtlichen Beziehungen des Reiches zu den

Deutschen Orthopädischen Werken,

die die Kriegsamputierten mit künstlichen Gliedern versorgen. Dieses Unternehmen habe sich geschäftlich nicht immer korrekt benommen. Der Redner hat, hierüber eine Besprechung interessierter Abgeordneter mit den zuständigen Regierungsvertretern herbeizuführen, die von der Regierung zugesagt wurde. Abg. Dr. Schreiber (Z.) wies darauf hin, daß der Titel

„Erlöse aus entbehrlichem Heeresgut"

aus dem Etat verschwunden sei. Es sei aber noch viel solches Heeresgut, namentlich auch aus den Kolonien, vorhanden. Wie stände es mit dessen Verwendung? Da die zuständigen Regierungsvertreter nicht anwesend waren, wurde die erbetene Auskunft vertagt. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wurde ein Antrag des Abg. Schmidt-Stettin (Dnat.) angenommen, wonach der Reichssparkommissar am nächsten Montag vor dem Ausschuß einen Bericht über seine Tätigkeit erstatten soll.

Aufwertung und Reichsfinanznot.

Im Aufwertungsausschuß des Reichstags teilte am Donnerstag der Vorsitzende mit, daß bisher allein zum Aufwertungsgesetz 2744 Petitionen eingegangen seien.

Reichsfinanzminister v. Schlieben

gab eine Uebersicht über den Reichshaushalt nach dem Stande vom 17. Juni. Danach ergibt sich unter Einrechnung der vom Reichstag bereits beschlossenen oder noch in Aussicht stehenden Mehrausgaben

ein vorläufiger Fehlbetrag von 446 Millionen.

Die Finanzlage des Reiches sei also eine sehr ernste und man müsse sich darüber klar sein, daß zur Deckung des Fehlbetrages ganz außergewöhnliche Maßnahmen erforderlich seien und unter keinen Umständen auf die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer verzichtet werden könne.

Hierauf wurde mit der allgemeinen Aussprache über den Gesetzentwurf zur Ablösung öffentlicher Anleihen begonnen. Abg. Dr. Gildemeister (D. Vp.) betonte, wir hätten eine zu teure Staatswirtschaft auf einer zu schwachen Volkswirtschaft aufgebaut. Durch die Streichung der Anleiheschuld würde nichts wesentliches geändert werden, wohl aber würde die Kreditfähigkeit d[illegible] Reiches geschwächt.

Abg. Dr. Reif (Hospitant der Völkischen) erklärte die Ablösung der Anleihen für eine glatte Vernichtung von Treu und Glauben und verlangte, daß die Ansprüche aus den öffentlichen Anleihen mindestens so lange erhalten blieben, bis das Reich, die Länder und Kommu[illegible]n wieder zahlungsfähig würden. Die Mittel für einstweiligen Leistungen könnten aus einer Zu[illegible]tionsanleihe [illegible] werden.

Abg. Freiherr v. Richthofen (Dem.) führte aus, eine Ablösung der öffentlichen Anleihen drohe die Kreditfähigkeit Deutschlands namentlich im Inland auf lange Zeit zu erschüttern. Es sei erwägenswert, ob man nicht lieber den

Weg eines längeren Moratoriums

wählen solle. Evtl. könne man den Staatsgläubigern wahlweise eine Ablösungsanleihe zur Verfügung stellen. Finanzdirektor v. Brandt sprach die Notwendigkeit dar, im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft jetzt eine abschließende Entscheidung zu treffen.

Abg. Dr. Schetter (Z.) führte aus, die Staatswirtschaft könne nicht gesunden, wenn das Reich nach dem Verlust des Krieges eine Anleiheschuldenlast von 70 Milliarden mit sich schleppe. Durch Feststellung eines Generalaufwertungsgesetzes müsse die Staatswirtschaft wissen, was sie zu zahlen habe. Vielleicht könne man aus einer Inflationssteuer Mittel für die Aufwertung gewinnen.

Am Freitag legte Abg. Dr. Best (Hospitant der Völk.) einen Gesetzentwurf vor, wonach die Markanleihen des Reiches im vollen Goldwert anerkannt werden sollen, dem Reich aber ein Moratorium zugestanden werden soll. — Abg. Dr. Emminger (Bayer. Vp.) wandte sich gegen diesen Antrag, wonach das Reich 70 Milliarden Goldmark Schulden übernehmen müsse, was zweifellos

Staatsbankerott führen

werde. Auch Ministerialdirektor v. Brandt hielt den Antrag Best für undurchführbar. — Geh. Rat Norden vom Reichsfinanzministerium führte aus, daß selbst die Siegerstaaten Frankreich und Italien die Verpflichtungen aus den Staatsanleihen lediglich in der Papiermarkwährung erfüllten, sodaß die Zeichner der beir. Anleihen einen Verlust von etwa 75—80 Proz. hätten. Der Antrag Dr. Best, für den nur der Antragsteller stimmte, wurde abgelehnt, da die Sozialdemokraten sich der Stimme enthielten. (!)

Der Reichsbankpräsident über die Aufwertung der Anleihen.

Im Aufwertungsausschuß des Reichstages äußerte sich am Freitag Reichsbankpräsident Dr. Schacht (Dem.) zu dem Gesetzentwurf über die Ablösung öffentlicher Anleihen. Er wies darauf hin, daß jede Aufwertung für die deutsche Wirtschaft eine ungeheure Belastung bedeute.

Der richtige Weg wäre es gewesen, wenn man die durch die Inflation Verarmten durch soziale Hilfsmaßnahmen unterstützt hätte.

Ganz abwegig sei es, bei außergewöhnlichen Ereignissen, wie: Erdbeben, Weltkrieg, Inflation und ähnlichen unerhörten Unglücken von Treu und Glauben zu sprechen.

Das Reich habe selbstverständlich seinen geschädigten Mitbürgern zu helfen, aber durch soziale Hilfe. Die Inflationsgeschädigten seien ebenso vom Unglück des Vaterlandes getroffen wie diejenigen, denen im Kriege der Ernährer weggeschossen wurde oder denen ihre Häuser und ihr Eigentum in Brand gesteckt wurden oder die ihr ganzes Hab und Gut im Stich lassen mußten, wie die Kolonialdeutschen und die Vertriebenen und Bedrängten.

Bei Ausarbeitung der dritten Steuernotverordnung wollte man mit der Einführung des Moratoriums nicht den Goldwert der öffentlichen Anleihen anerkennen, sondern im Gegenteil einen Strich unter die alten Schulden des Reiches machen.

Die Nichtaufwertung sei für den Kredit des Reiches gleichgültig.

Wäre dies nicht der Fall, so müßte schon die Tatsache der Inflation genügen, daß das Ausland uns kein finanzielles Vertrauen mehr entgegenbringt. Das sei aber erfreulicherweise nicht der Fall.

Die Kapitalnot in Deutschland werde noch auf sehr lange Zeit hinaus öffentliche Anleihen im Inlande unmöglichen machen.

Vom Standpunkt des inländischen Geldgebers aus sei es allerdings zu beanstanden, daß zwischen privatrechtlichen Forderungen und Forderungen aus öffentlichen Anleihen in der Höhe der Aufwertung unterschieden werde. Damit wolle er aber nicht sagen, daß etwa die Anleihen auch so hoch aufgewertet werden sollten wie die privatrechtlichen Forderungen, sondern er hielte es für

richtiger, die Aufwertung der privatrechtlichen Forderungen entsprechend zurückzuschrauben.

Schon jetzt mache er darauf aufmerksam, daß die privatrechtliche Aufwertung eine solche gelbliche Belastung des deutschen Wirtschaftslebens herbeiführen werde, daß dieselbe Stelle, die jetzt diese hohe Aufwertung beschließen wolle, sich müde versammeln müssen, um den Fehler so gut als möglich wieder auszugleichen.

Der Reichsbankpräsident riet, bei den neu auszugebenden Anleihen den Grundsatz des gebundenen Besitzes festzuhalten, damit der Spekulation nicht Tür und Tor geöffnet würde. Die Unterscheidung zwischen Alt- und Neubesitz sei zwar technisch sehr schwierig auszuführen, aber nicht durchaus unmöglich. Der Redner begrüßte die Anregung, daß der Anleihebesitzer die Wahl haben solle, ob er eine sofort zahlbare Abfindungssumme oder die neuen Anleihen nehmen wolle.

Schließlich betonte der Reichsbankpräsident gegenüber den öffentlichen Angriffen, daß nicht er schuld sei an der Inflation, sondern, daß er diese lediglich deklariert hätte, eine Tatsache, die er mit Genugtuung vertrete.

Technische Nothilfe.

Deutscher Reichstag, 19. Juni.

Die Zolltarifvorlage ist jetzt auch beim Reichstage eingegangen.

Die zweite Lesung des Reichshaushaltsplans wird beim Innenministerium fortgesetzt, und zwar bei den Kapiteln Polizei, Technische Nothilfe, Reichskommissar für öffentliche Ordnung. Verbunden mit der Beratung werden Interpellationen des Zentrums und der Sozialdemokraten über die Notlage der oberschlesischen Verdrängten. Ebenfalls zur Beratung gestellt wird der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Abg. **Drewitz** (Wirtschf. Vereinig.) erklärt die Bereitwilligkeit seiner Freunde, die für die Polizei, die Nothilfe und das Reichskommissariat geforderten Mittel zu bewilligen.

Abg. **Cremer** (DVp.) betont die Notwendigkeit der Beibehaltung des Reichskommissars für die öffentliche Ordnung, damit drohende Gefahren von vornherein überlehen werden können. Infolge dieser Einrichtung sind wir seit einem Jahre zu größerer Ruhe und Ordnung gekommen. Auf die Technische Nothilfe kann noch nicht verzichtet werden. Sie ist keine Streikbrecherorganisation, auch keine industrielle Reserwearmee, sondern sorgt für die Durchführung der Notstandsarbeiten. Ueber dem Koalitionsrecht steht das Interesse der Allgemeinheit. Die Etatsabstriche und den parlamentarischen Beirat für die Technische Nothilfe lehnte er ab.

Staatssekretär **Zweigert** hält es für einen der schönsten Erfolge eines Führers der Technischen Nothilfe, wenn es ihm gelingt, auf die streikenden Arbeiter so einzuwirken, daß sie die Notstandsarbeiten selbst vornehmen. Die Nothilfe sucht daher bei Streiks stets Fühlung mit den Gewerkschaften, um zu diesem Ziele zu gelangen. Bei der Aufstellung der Technischen Nothilfe sind die Vertrauensleute der großen Gewerkschaften herangezogen worden. Gegen einen etwaigen Mißbrauch der Nothilfe würde vorgegangen werden. Man dürfe aber die Arbeitsfreudigkeit der Nothelfer nicht lähmen. Wenn die Zeit gekommen sei, würde die Regierung von selbst einen Abbau vorschlagen.

Abg. Dr. **Frick** (Völk.) stimmt den Anträgen auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern zu. Die hohen Polizeikosten seien eine Folge der Zertrümmerung des alten Heeres. Wenn das Heer wiederhergestellt werde, könne man die Polizeiausgaben vermindern.

Mit Bezug auf die neue Note der Alliierten erklärt der Redner, daß der Deutsche Reichstag es ablehnen müsse, Gesetze auf Befehl des Feindes zu machen. Sonst wäre es am einfachsten, die Regierung in Deutschland der interalliierten Kontrollkommission zu übertragen und Herrn Stresemann als Beisitzer zu ernennen.

Die Ausgaben für die Polizei werden bewilligt. Die Abstimmung über die Technische Nothilfe wird ausgesetzt. Der Antrag auf Aufhebung des bayerischen Ausnahr zustandes wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Gestern vormittag sind in ganz Peking Flugblätter an die Mauern geklebt worden, auf denen englische Polizisten dargestellt sind, die am Boden liegende Männer, Frauen und Kinder mißhandeln. — Englands eigene Propagandawaffen kehren sich gegen England selber.

In Kanton, der Hauptstadt Südchinas, ist eine Revolutionsregierung errichtet, sie hat 13 Europäer als Geiseln festnehmen lassen. Das niederländische und das japanische Konsulat sind gestürmt worden, das Europäerviertel ist unmittelbar bedroht.

Was sich Berlin erzählt.

Eingehende Tanzdielen. — Schluß der Atempause. — Ein Abend in der Barberina. — Wanderfahrt und Hausfränzchen. — Die Buntjeidenen. — Künstlernot, Aerztenot. — An der Briefwechsel-Ecke.

Sollte es wirklich . . . nein, unmöglich . . . doch, doch, es ist so.

Freilich, die Tanzlust hat sicher nicht abgenommen. Aber die Tanzdielen nehmen ab. Die Tanzgelegenheit nimmt ab. Das Geld zum Tanzen nimmt ab. Seit einigen Wochen merken wir, unter welcher Hypertrophie, unter welchem Wuchern von Tanzlokalen — keines mehr von ihnen so recht verdiente. Jetzt hat das Prisma-Casino, vorläufig für den ganzen Sommer, geschlossen. Dem Union-Palais am Kurfürstendamm ist die Luft ganz ausgegangen; eine Konditorei hat die Räume übernommen. An anderen Tanzstätten knistert es auch schon im Gebälk.

Das hat weder mit Moral noch mit Sport etwas zu tun, sondern ist nur eines der vielen kleinen Anzeichen dafür, daß die „Atempause" für Deutschland sich ihrem Ende nähert. Auch viele alt-solide Industriewerke versuchen sich heute durch Wechselreiterei über die Not hinwegzuhelfen. Die Reichseisenbahngesellschaft macht kaum mehr Bestellungen. Eine große Werft muß ihre Pforten schließen. Die Direktoren bei Krupp verzichten freiwillig auf einen Teil ihres Gehalts, um mit bitterem Beispiel voranzugehen und die Familie Krupp selbst will, wie es heißt, ihre Residenz auf Villa Hügel aufgeben. Jeder Tag bringt solche Nachrichten und das alles, während die „Atempause" noch nicht einmal abgeschlossen ist; erst vom nächsten Jahre ab soll uns ja der Dawes-Strick um den Hals ein wenig angezogen, erst von 1928 ab fest zugeschnürt werden.

Noch tanzen wir.

Von den geschlassenen Tanzdielen wandert ein Teil der bisherigen Stammgäste dorthin ab, wo der Betrieb noch aufrechterhalten wird. Und da wird es nun mollig und voll. Dieser Tage habe ich in der Barberina in der Hardenbergstraße mich umgesehen, in der jeder Tisch und jedes Plätzchen besetzt war. Wieder die bekannte Mischung der Stände. An meinem Tisch sitzt neben mir ein Legationsrat, aus Bayern gebürtig, mit einer Lettin, die in Geschäften — ich möchte wissen, welchen — kürzlich in Newyork war und demnächst nach Stockholm geht. Die beiden sind augenscheinlich befreundet. Ein Russe kommt von der gegenüberliegenden Seite des Saales und wechselt ein paar schnalzische Worte mit der Dame. Links von uns entdecke ich eine Sehenswürdigkeit. Da sitzt ein gutgekleideter Provinzler, starrt zur Musik hinüber und sagt: „So etwas Verrücktes habe ich noch nie erlebt!" Offenbar hört er zum ersten Mal eine Jazz-Band miauen; über das Saxophon und die verstopfte Posaune muß er so lachen, daß er für andere Vorgänge kaum mehr etwas übrig hat. An den meisten Tischen zu vier Plätzen sitzen je zwei betrunkene Ehepaare vor der Flasche Wein oder der Bowle und nippen gelegentlich: aber tanzen, tanzen, tanzen ist die Hauptsache. Die Damen vielfach in Abendtoilette, die Herren im Straßenanzug. Berlin W. ist unverkennbar. Dazwischen wirkliches Ausland, auch einselne junge Herren. Vor mir sitzt ein hochgewachsener, schlanker, blühender blonder Junge, den man für einen deutschen oder englischen Aristokraten halten könnte; es ist aber ein Franzose. Ein alter Engländer, der sehr gut deutsch spricht, beklagt sich über „Nevy", weil er 2,50 M. für einen Champagner-Flip bezahlen soll, was wirklich nicht teuer ist. Am nächsten Tisch ein kugelrundes Knopfchen, Typ Kneipwirt aus Berlin N, mit seiner Gattin. Er will trinken und den Berufstänzerinnen zusehen, die sich hier produzieren. Sie möchte selber tanzen und barmt, während sie mit den Füßen zum Takte wippt:

„Ei schimmiet mir so in de Beene!"

Ich bin allein und kann reichlich und in Muße mich einmal umsehen und umhören. Der fleischende Nigger-Boy, der den Herren Rosen, Schokolade, Zigaretten, Teddies „vor ihre gnädige Frau" anbietet, hat bei mir nichts zu tun. Aus den koketten kleinen Logen rundum sehen, unbemannt und beutelüstern, einige Mädchen in den Rokokosaal hernieder, sprungbereit, um sich „alleinstehenden" Herren als Tanzpartnerin zuzugesellen. Aber es ist nichts Auffallendes dabei, Welt und Halbwelt streifen sich gleichmütig, und die formvollendet gewachsene baltische Baronesse drüben in orangenem Samt mit Straußfeder-Büschel an der Hüfte steht achtlos darüber hinweg. Ein etwas exotischer Herr sitzt neben ihr. Ganz zitternde Bewegung, schimmpapplig selbst beim Walzer, zuckt in auffallendem Silber-Lamé und violetter Seide die Frau Direktor aus WMB an ihr vorüber, bald im Arm des Gatten, bald im Arm des Hausfreundes. Alles ist im Banne des Synkopen-Rhythmus. Man tanzt sich gesund, man tanzt sich schlank.

Aus der Parterreloge über mir, in meinem Rücken, kommt ein Seufzer hergeweht. Da sitzt — vorhin bei einem Rundgang habe ich es gesehen — ein Ehepaar in den Fünfzigern. Und die Frau haucht:

„Einlaub im Haar . . . und wieder achtzehn Jahre alt . . . und dann müßte einer die Barcarole geigen . . ."

Schade, daß ich die Herrschaften nicht kenne. Ich würde es der Frau schon beibringen. Die junge Welt gehört nicht auf die luxuriöse Tanzdiele, selbst wenn sie bessituierte Eltern hat. Sie soll ins Boot, auf den Tennisplatz, aufs Fahrrad — und dann allenfalls ins Tanzkränzchen. Unsere beiden Primaner begreifen mich da nicht ganz. Andere Väter seien modernet. Und „alle" anderen Primaner besäßen schon einen Smoking-Anzug. Das stimmt sicherlich nicht; schnell fertig ist die Jugend mit dem Wort, und das Wort „alle" wird sehr leichtfertig gebraucht. Dafür haben unsere Buben mit den Kameraden in den Pfingstferien eine Woche lang eine herrliche Wanderruderfahrt gemacht und sind noch ganz voll von Sonne, Armkraft, Indianerleben und Poesie des Uebernachtens im Zelt. Neun Mann hoch sind sie im alten Dollenjeschet, einer wahren Arche Noah unter den Sportboaten des Gymnasialrudervereins, losgefahren, hatten also genügend Abfösung, da zwei als „Kielschweine" verstaut waren. Es war so schön, oh, so schön, daß einstimmig beschlossen wurde, die Erinnerung daran — durch ein Tanzkränzchen am vorigen Sonnabend zu begehen, bei irgendeinem Elternpaar, das genügend große Räume hat. Jeder von den neun lade eine Augusta-Gymnasiastin dazu ein, mit deren Ruderklub man sozusagen im Kartellverhältnis steht, und gebe von seinem Taschengeld 3 Mark für die Verpflegung an dem Abend her. Ich weiß schon, ich weiß schon; laßt nur Euren Taler, wir machen es einfach und schaffen es alleine für Euch achtzehn Kälbchen. Und nun ist die große Sache also wirklich gestiegen und war „das aller-, allerschönste Fest bisher".

Ein klein wenig Schuld daran trägt — eine Strumpf-Fabrik in Chemnitz.

Irgendwann einmal habe ich in meinen Plauderbriefen, die doch eine einzige lächelnde Pädagogik sind, die Pubszucht der jungen Leute von heute erwähnt, dabei wie immer das Beispiel aus Erlebtem genommen und erzählt, daß unsere Buben, nicht zufrieden mit ihren schwarzen Socken, sich für ein paar Groschen eigenen Taschengeldes (Obst wäre besser gewesen) bunte Strümpfe gekauft hätten, billig und schlecht, die schon tags drauf Loch an Loch aufwiesen. Das also kommt dem Strumpffabrikanten vor Augen und er schickt mit den Begleitzeilen, daß die Fußbekleidung meiner Herren Primaner — wegen scheinbaren Geizes des Vaters — offenbar mangelhaft sei, eingeschrieben über den Verlag der Zeitung an Rumpelstilzchen, man höre und man staune, vier Paar bunte-seidene (wahrhaftig: seidene) Socken hervorragender Güte: Fast habe ich den Verdacht, daß um ihretwillen das Tanzkränzchen veranstaltet ist. Am liebsten hätte ich für den mir persönlich unbekannten Wohltäter die beiden Primaner photographiert, wie sie da im Sessel saßen: Beine lang, Hosen auf Halbmast, Schimmschuhe, die Knöchel leuchtend in Seide.

Es war wirklich eine runde Sache. Auch sonst. Und eine harmlose Sache. Als sie um 12 zu Ende war, ist die ganze Gesellschaft, 9 Knäbiein, 9 Mädelein, Arm in Arm in einer Kette zum Gymnasium der ersteren gezogen und hat ein dreifaches donnerndes „Kukirol" auf die alte Penne ausgebracht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250621012/fragment/page=0002